

Steinmaur und Zürich, 20. Juni 2011

KR-Nr. 172/2011

POSTULAT von Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) und Michèle Bättig (GLP, Zürich)

betreffend AXPO und Rosatom

Der Regierungsrat wird eingeladen sich im Verwaltungsrat der AXPO dafür einzusetzen, dass die Geschäftsbeziehungen zu Rosatom eingestellt und Alternativen aufgezeigt werden.

Robert Brunner
Michèle Bättig

172/2011

Begründung:

Nachdem die AXPO den Bezug von Brennstäben aus Majak abgestritten hatte, musste sie 2010 zugeben, dass die Brennstäbe eben doch aus Majak stammen. Nachdem Greenpeace nachgewiesen hatte, dass in Majak laufend in grobfahrlässiger Art und Weise Radioaktivität in die Umwelt freigesetzt wird, versprach die AXPO Transparenz und einen Besuch der Wiederaufbereitungsanlage. Messungen von Greenpeace zeigten im Mai 2011, dass in den vergangenen zwei Jahren der Gehalt an Strontium und Tritium im Fluss Tetcha deutlich zugenommen hat. Gemäss Medienmitteilung vom 19. Juni 2011 wurde der Delegation der AXPO kurzfristig der Zugang zum Werk verweigert. Regierungsrat Markus Kägi lässt sich in der Medienmitteilung wie folgt zitieren: «Wenn wir keine Transparenz über die Aufbereitungsprozesse in Majak erhalten, muss das Konsequenzen haben.» Diese Ansicht wird von den Postulanten geteilt, allerdings gibt es nun keinen Grund mehr, diese Konsequenzen nicht auf den schnellstmöglichen Zeitpunkt zu ziehen und die Geschäftsbeziehungen zu Rosatom abubrechen.

Begründung der Dringlichkeit:

Der Kanton Zürich als Mitbesitzerin der AXPO muss sich dringend von den Umweltverbrechen der Firma Rosatom distanzieren.